

Zur Fahrzeughaftpflicht-Initiative des VPOD:Mehr Schutz statt Dividenden

(gk) Die Motorfahrzeughaftpflicht-Branche ist durch mehrere Unzulänglichkeiten, ja Missstände gekennzeichnet, deren Folgen in erster Linie der Versicherte, letztlich aber jeder Arbeitnehmer trägt. Es ist politisch naiv, sich um das Geschehen in der Fahrzeughaftpflicht nicht zu kümmern, nur weil man kein versichertes Fahrzeug besitzt. Die immer weiter wachsende Kapitalmacht der Versicherungen ist heute schon in der Lage, nicht nur über die Höhe der Versicherungsprämien, sondern auch über Arbeitsplätze, Bodenpreise und Mieten zu entscheiden. Ende 1973 verfügten die Versicherer über rund 60'000 Wohnungen - im Jahre 1950 waren es erst 10'000.

Die Kapitalzusammenballung im privaten Versicherungswesen muss als gefährlicher Missstand bezeichnet werden, ebenso wie das behördliche Tolerieren eines Motorfahrzeughaftpflicht-Marktes ohne Wettbewerb und beherrscht von wenigen grossen Gesellschaften. Es kann auch nicht länger hingenommen werden, dass der Bund (übrigens richtigerweise) eine Versicherungspflicht verlangt, das daraus resultierende Geschäft aber privaten Gesellschaften überlässt und diese damit fette Gewinne erzielen.

Die Meinung, das Eidg. Versicherungsamt (EVA) und die neu geschaffene Konsultativkommission würden schon zum Rechten sehen, ist ein Trugschluss: beide Organe sind unzulänglich. Das EVA musste von höchster Stelle, vom Bundesgericht, gerügt werden, es decke einen Missbrauch der Versicherer. In der Konsultativkommission geben die Versicherungsvertreter dank ihrem Fachwissen den Ton an.

VPOD-Initiative - einzige Alternative

Es bleibt nur eine wirksame Alternative, um aus den Missständen und Unzulänglichkeiten herauszukommen: die VPOD-Initiative; sie verlangt eine bundeseigene Versicherung für Motorfahrzeuge und Fahrräder. Die Haftpflicht für die 2,1 Millionen Motorfahrzeuge und die 2,2 Millionen Fahrräder (mit und ohne Motor) ist im öffentlichen Dienst besser aufgehoben als bei der profitorientierten Privatwirtschaft.

Ein Dutzend Vorteile

Ob sich der Gesetzgeber nach Annahme der VPOD-Initiative für eine bundeseigene Monopol- oder Konkurrenzanstalt entscheidet - eine Reihe von Vorteilen, insbesondere Einsparungen, sind damit verbunden:

- \* Die Macht des Unfalldirektoren-Kartells wird gebrochen.
- \* Im Verwaltungsrat der bundeseigenen Anstalt werden auch die Versicherungsnehmer vertreten sein und mitentscheiden.
- \* Mit einer Konkurrenzanstalt vermag der Bund endlich hinter die Kulissen des Fahrzeughaftpflicht-Geschäftes zu schauen und die privaten Gesellschaften wirksam zu kontrollieren.

- \* Der optimale Risikoausgleich durch einen grossen Versicherungsbestand führt (vor allem bei einer bundeseigenen Monopolanstalt) zu Kostensenkungen.
- \* Verzicht auf Profit, denn die bundeseigene Versicherung muss lediglich selbsttragend sein.
- \* Ueber den Bedarf hinaus braucht die bundeseigene Versicherung keine Rückstellungen, in denen Gewinne in Form stiller Reserven versteckt werden.
- \* Teure Propaganda, Versicherungsagenten und Agenturen sind nicht nötig; der Verkauf der Versicherungen könnte beispielsweise über die Postschalter erfolgen.
- \* Der Schadendienst kann durch eine rationelle Organisation und Abwicklung verbilligt werden, indem beispielsweise den kantonalen Strassenverkehrsämtern Schaden-Begutachtungsstellen angegliedert werden.
- \* Die Verwaltungskosten lassen sich bei einer Bundesanstalt ganz allgemein senken, wie die SUVA beweist; sie arbeitet mit 10 % statt mit 23 % Verwaltungskosten.
- \* Für die vielen Fahrzeuge des Bundes - von der PTT bis zur Armee - steht eine kostengünstige eigene Versicherung zur Verfügung.
- \* Kostspielige Rückversicherungen sind überflüssig; der Staat bietet Garantie genug.
- \* Die bundeseigene Anstalt begnügt sich nicht nur mit tieferen Prämien; sie verhindert auch, dass die reichen Privatgesellschaften immer noch reicher werden.

All diese Vorteile müssen am 25. September zu einem J A für die Fahrzeughaftpflicht-Initiative des VPOD führen. Die Strassenbenützer sind dafür - die Versicherungen dagegen.

9.9.76

Walter Renschler

Es bleibt nur eine wirksame Alternative, um aus den Missständen und Unzulänglichkeiten bei der obligatorischen Fahrzeughaftpflicht-Versicherung herauszukommen:

Ein J A zur VPOD-Initiative am 25. September